

Bezugspreis:
Mietst. 12. — M. monatl. 12. — M.
frei ins Haus, vorwärts. Post-
freig. Monatlich 12. — M. ein-
malige Gebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland. Täglich, das Saar- und
Pfalzgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 22. — M. für
das übrige Ausland 24. — M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Dän-
emark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Das „Vormärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neugegründeten Konkrete-Belege
kosten 6. — M. „Kleine Anzeigen“
das ist gedruckt Wort 2. — M. (un-
terstützt zwei getragene Worte), jedes
weiteres Wort 1. — M. Stellengruppe
und Schlüsselzeilen 2. — M. das erste
Wort 1. — M. jedes weitere Wort
10 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 250 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zemungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 27. Oktober 1921

Vormärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzei-
tenabteilung Moritzplatz 11753-54

Deutschlands Rechtsverwahrung.

Wirth und Briand.

Die Protestnote der deutschen Regierung.

Berlin, 27. Oktober. (WZB.) Der deutsche Bot-
schafter in Paris übermittelte der Vorkonferenz heute
folgende Note:

Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäu-
chung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober
Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem territorialen und
wirtschaftlichen Diktat, welches dadurch dem Deutschen Reich
auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtheit gegen das
deutsche Volk, der sie wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine
Verletzung des Versailler Vertrages, dem
die in Genuß getretene und von den alliierten Hauptmächten
angenommene Entscheidung widerspricht.

Die deutsche Regierung legt daher gegen den hierdurch
geschaffenen Zustand als eine Rechtsverletzung ausdrück-
lich Verwahrung ein. Lediglich unter dem Druck der
in der Note ausgesprochenen Drohungen, und um der
deutschen Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes die
sonst bevorstehende Verelendung so weit wie möglich zu er-
sparen, sieht die deutsche Regierung gezwungen, dem
Diktat der Mächte entsprechend die darin vorgesehenen Dele-
gationen zu ernennen. Die Namen der deutschen Dele-
gationen werden unverzüglich mitgeteilt werden.

Landesverrat aus Parteitaktik.

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei in der Sitzung
beim Reichspräsidenten vom 24. Oktober stammeln gegen die
Feststellungen der Genossen Müller, Scheidemann
und Wel's eine kleine Ausrede:

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ habe lediglich einen
Bericht über die Sitzung gebracht, in der die Reichstags-
fraktion der Deutschen Volkspartei zu den vorausgegangenen
Verhandlungen beim Reichspräsidenten Stellung nahm und in der sie
zu einer Ablehnung der geplanten Regierungskoalition gelangte.
In bezug auf die Verhandlungen beim Reichspräsidenten sei in
diesem Bericht lediglich gesagt, daß die Fraktion zu ihnen Stellung
nahm und daß sich bei diesen Verhandlungen weitgehende
Reinigungsverschiedenheiten in bezug auf die Haltung
der Parteien zur oberschlesischen Frage gezeigt hätten. Im übrigen
sei lediglich der Standpunkt der Fraktion dargelegt worden, der
dahin gehe, daß die Grundlage für eine große Koalition zurzeit
nicht gegeben sei, weil die von der Deutschen Volkspartei vertrittene
Auffassung nicht von allen zur Regierungsbildung berufenen Par-
teien gebilligt werde.

Einer eigenen Antwort sehen wir uns durch das „Ber-
liner Tageblatt“ enthoben, das trotz seiner heißen Liebe zu
der Volkspartei dazu bemerkt:

Diese Erklärung der parteioffiziellen Korrespondenz wird,
abgesehen von ihren Parteifreunden, niemand bestreiden. Auf der
Deutschen Volkspartei bleibt der schwere Vorwurf haften, daß sie
aus parteitaktischen Gründen, nämlich um die Haltung
der eigenen Partei zu rechtfertigen und die Politik einer anderen
Partei zu tadeln, aus einer vertraulichen Besprechung
Mitteilungen veröffentlicht hat, die die deutsche auswärtige
Politik zu schädigen geeignet sind. Im Reichstag be-
steht außerhalb der Rechtsparteien darüber nur eine Meinung.

Das ist richtig. Wir nehmen an, daß sich die persönlich
anzwärtigen Menschen in der Volkspartei sich dieser allgemei-
nen Meinung anschließen.

Wie die Parteien abstimmten.

Für die Vertrauensresolution Wel's-Marz, die bekanntlich
230 Stimmen vereinigte, haben geschlossen gestimmt: Sozial-
demokraten, Zentrum und Unabhängige, ferner die
Mehrheit der Demokraten, während sich ein Teil der Demo-
kraten der Stimme enthielt. Gegen das Vertrauen stimmten die
Deutschmonarchisten, die Deutsche Volkspartei, die
Bayerische Volkspartei und die Kommunisten. (132
Stimmen.)

Für den Antrag der drei rechtsstehenden sogenannten
Volksparteien stimmten 152 Abgeordnete: Deutschnationalen,
Volksparteier, Bayerische Volksparteier und
Demokraten. Dagegen stimmten mit den Sozialdemo-
kraten, dem Zentrum und den Unabhängigen diesmal
auch die Kommunisten. (218 Stimmen.)

Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 26. Oktober. (WZB.) Nach Wiederaufnahme der
Kammerkammer tauschen die Abgeordneten Jeandri und Herriot
gegenseitig Erklärungen aus, wodurch der Zwischenfall beigelegt
wurde. Darauf ergliff das Wort

Ministerpräsident Briand

Er schloß sich mit Lardieu auseinander und sagte, es sei Zeit,
zu einem Entschlusse zu gelangen. Das Land wolle, daß man die
Regierung nach ihren Handlungen beurteile und daß man nicht eine

Regierung wegen einer Frage der inneren Politik stürze, nachdem
man die Gewißheit erlangt habe, daß sie keine für das Land ge-
fährliche Außenpolitik betriebe. Er habe das Recht zu sagen, welches
die republikanische Mehrheit sei, mit der die Regierung arbeite
wolle. Wenn in der Gruppe, die er meine, Männer vorhanden seien,
die die Besetzung der Republik nicht annehmen, dann müsse sich die
Mehrheit von diesen trennen. Aber die Mehrheit, die er verlange,
müsse groß sein. Denn nur dann sei die Unabhängigkeit gesichert.
Briand ging alsdann zur auswärtigen Politik über und sagte, als
Lardieu der Regierung angehört, hätte Frankreich den Sieg
davongetragen. Sein Prestige sei ungeheuer gewesen, trotzdem habe
diese Regierung Konzessionen machen müssen, weil Frankreich
nicht allein gewesen sei, Konzessionen hinsichtlich der Sicherheit des
Landes und auch hinsichtlich der Grenze. Die Regierung habe auch
nachgeben müssen in bezug auf die Einheit Deutschlands,
ferner in der Frage Palästina und in der Frage Moskau. Außerdem
habe sie

Die Entscheidung über Oberschlesien.

wonach dieses vollkommen Polen zugeteilt worden wäre, aufgeben
müssen. Frankreich im Glanze seines Sieges habe also nachgeben
müssen, und jetzt — zwei Jahre nachher — in einem pulverisierten
Europa, das in ständiger Gefahr sei, mache er „unnötige“ Kon-
zessionen? Nein, weil jeden Tag Brände entständen und weil er
die Einigkeit mit den Alliierten aufrechterhalten wolle! Briand
fragte, wenn er eine deutsche Regierung zwingt, zu
demissionieren, damit Deutschland nachgebe, sei das etwa,
wie Lardieu gefagt habe, eine nachgiebige Politik? Briand
erinnerte auch daran, daß er es gewesen sei, der es verhindert habe,
daß Reichswehr die Grenze von Oberschlesien überschritten habe.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach Briand
auch über die Konferenz in Washington. Die französische Regierung
habe diese Konferenz nicht genügend vorbereitet, so habe Lardieu
gefragt. Das Gegenteil sei der Fall. Mit größter Sorgfalt sei alles
vorbereitet worden, um Frankreichs Interessen so gut wie möglich
wahrzunehmen. Briand nahm auch noch für sich in Anspruch, daß
er in seiner Außenpolitik die größte Mühe habe wachen lassen, um
England an der Seite Frankreichs zu halten, das sei keine arm-
selige Politik, wie Lardieu sie genannt habe. Nach einer kurzen
Bemerkung über Rußland schloß der Ministerpräsident mit den Worten:
Nun haben Sie alle Aktenstücke des Prozesses in Händen, fällen Sie
Ihre Urteile!

Briand nimmt von den sechs Tagesordnungen, die eingebracht
wurden, namens der Regierung

die Tagesordnung Manaut

an, in der gefagt wird, die Kammer, die die Erklärungen der Rege-
rung billigt, habe Vertrauen zu ihrer Festigkeit, um im Ein-
verständnis mit Frankreichs Alliierten die Koalition der Rechte
sicherzustellen, die Frankreich zuerkannt wurden. Sie vertraut dar-
auf, daß die Regierung fortichre, das Prestige Frankreichs im Aus-
lande zu verteidigen, den Frieden nach außen und die Ordnung
im Innern aufrechtzuerhalten, damit sie eine weitgehende
Politik republikanischer Union durchführe. Die
Kammer lehnt jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung
über.

Der Abgeordnete Raiberti in Gemeinschaft mit General
Castelnou brachte die Tagesordnung der Minderheit in der Kammer
ein. Die Zahl der Abgeordneten dieser Minderheit wird nach der
Abstimmungsliste mit 92 angegeben. Die Sozialisten bean-
tragten in ihrer Tagesordnung die allgemeine Auflösung. Dieser
Tagesordnung wurde von der Kammer die Priorität verlegt, und
zwar mit 514 gegen 79 Stimmen.

Schließlich wurde der von der Regierung angenommenen Ver-
trauensanfrage mit 339 gegen 178 Stimmen die Priorität zu-
erkannt. Der erste Teil der Tagesordnung Manaut bis zu dem
Wort „durchführbar“ wurde mit 391 gegen 186 Stimmen angenom-
men. Der Rest der Tagesordnung durch Handaufheben. Daraus
wurde die Tagesordnung Manaut in ihrer Gesamtheit mit 338
gegen 172 Stimmen angenommen.

Briands Presse.

Paris, 27. Oktober. (WZB.) „Echo de Paris“ sagt für
den Augenblick nehme es ohne Widerspruch die Entscheidung der
Kammer an, denn der Ministerpräsident erhalte für die Washing-
toner Konferenz die verlangte Unterstützung, aber er habe ein
sehr klares Mandat erhalten; es genüge nicht, dort zu reden,
sondern er müsse handeln. Man werde also, wenn die Ergeb-
nisse vorliegen, wieder auf die Frage zurückkommen.

„Petit Journal“ meinte, es sei Briand nicht schwer ge-
worden, seiner Mehrheit bestimmte Versprechungen zu machen. Der
Tendenzprozeß sei daher gewonnen worden.

„Populaire“ erklärt, Briand verdanke seinen Sieg ebenso
seinen Geanern wie sich selbst und seinen Freunden. Die Sozial-
isten hätten ihm ihr Vertrauen geschenkt, weil sie nicht den
Männern in die Hände zu arbeiten wünschten, die als Regierungs-
politik nach außen eine Politik der Gewalt und des Krieges be-
treiben und in der inneren Politik das Gesetz über den Acht-
stundentag aufheben wollten.

Im „Radical“ wird die gestrige Abstimmung so gedeutet,
daß das Parlament dadurch nicht hätte seine Weigerung ausdrücken
wollen, Frankreich an internationalen Verhandlungen teilzunehmen
zu lassen, auf denen die Frage der Entwaffnung behandelt werde.
Hätte man Frankreich nicht im gegenseitigen Volle imperialistischer
Pläne begünstigt?

Zur selben Stunde, da das neu erfindene Kabinett
Wirth im Reichstag einen unerwartet großen Sieg errang,
hat die französische Kammer durch ein nicht minder starkes
Vertrauensvotum Herrn Briand in seinem Amt als fran-
zösischer Ministerpräsident bestätigt. Damit ist fürs erste einer
unheilvollen Entwicklung Halt geboten, die von den nationa-
listischen Quertreibern haben und drüben ausgehen drohte.
Wegen ein deutsches Kabinett, das rechts von Wirth stand,
hätte die französische Kammer zweifellos ein ultranationalisti-
sches Kabinett gestellt, das gegen das wehrlose Deutschland
mit unerschütterter Gewaltpolitik aufgetreten wäre. Als hier
das Treiben gegen Wirth begann, witterte drüben Herr
Poincaré Morgenluft. Diese Entwicklung, die für beide
Völker unheilvoll gewesen wäre, ist vorläufig abgelenkt
worden.

Im „Deutschen“ des Herrn Stegerwald schreibt eine gute
Seele, die Entente fürchte nichts mehr als die deutsche
„nationale Einheitsfront“. Diese gute Seele hat eine
somatische Vorstellung von der Entente. Sie weiß nicht,
daß die erbittertesten, gewalttätigsten Feinde Deutschlands auf
die Herstellung dessen, was sie die „nationale Einheitsfront“
nennen, förmlich lauerten. Jetzt, da sich Deutschland in seiner
Volkvertretung auf die Vernunft besonnen hat, stehen sie
vorläufig am Grabe ihrer Hoffnungen.

Die Rede Briands enthält manche bemerkenswerten Sätze.
Wertvoll ist vor allem das Eingeständnis, daß Frankreich auf
der Höhe seines Sieges in zwei Punkten zur Nachgiebigkeit
genötigt war. Der eine ist die Einigkeit Deutsch-
lands, der andere die Zuteilung von ganz Ober-
schlesien an Polen. In unsere Sprache übersetzt heißt
das, daß die deutsche Republik sich ihre innere Einheit und
eine Million Oberschlesier gerettet hat. Die Frage steht
offen, ob eine deutsche Monarchie nach ihrer militärischen
Niederlage mehr zu erreichen vermocht hätte.

Die deutsche Republik hätte diese verhältnismäßigen Er-
folge nicht erzielen können, wäre nicht bei einigen Bundes-
genossen Frankreichs mehr Einsicht in die politischen Not-
wendigkeiten vorhanden gewesen als bei Frankreich selbst.
Das ist das Betrübliche an Briands Eingeständnis, daß es den
Bemühten der französischen Politik nach dem Siege
Deutschland gegenüber bestätigt. Solange dieser Bemühten-
wille besteht, besteht auch die Möglichkeit, daß Deutschland vor
ihm bei den Bundesgenossen Frankreichs Schutz suchen muß.
Die französische wie die deutsche Politik werden dadurch auf
Bahnen gewiesen, die zu einer dauernden Vergiftung des Ver-
hältnisses der beiden Nachbarvölker zueinander führen müssen.

Weit besser ist beiden Völkern gedient, wenn jener Ver-
nichtungswille an der politischen Einsicht des fran-
zösischen Volkes selbst seine Schranke findet. Diese
politische Einsicht muß den Franzosen sagen, daß der Versuch
von vierzig Millionen, siebzig Millionen dauernd nach
Methoden der Gewaltpolitik zu behandeln, dem Unterdrücker
selbst keinen Segen bringen könnte. Auf die Dauer ist in
einem Kampfe zweier Nationen um Sein oder Nichtsein
gemeinander nicht die Zahl der Gewehre entscheidend, über
die jede von ihnen verfügt, sondern die Zahl der Köpfe und
der Inhalt dieser Köpfe. Wenn sie von nationalistischen
Krautphrasen erfüllt, von militaristischen Zwangsvorstellungen
beherrscht sind, so wird sich eines Tages ihre Unterlegenheit
traf herausstellen. Das gilt für die einen wie für die andern.

Bemerkenswert scheint uns auch die Aeußerung des fran-
zösischen Staatsmannes über das „pulverisierte Eu-
ropa“, das der Krieg zurückgelassen habe. Wahrlich, ein
hartes Urteil über die Friedensmacher von Versailles, St. Ger-
main, Trianon, Neuilly! In welchem Grade wäre aber diese
„Pulverisierung“ fortgeschritten, wenn es diesen Leuten zu
allem übrigen auch noch gelungen wäre, vorübergehend die
Einheit Deutschlands zu zerreißen? Und was hätte
ein pulverisiertes Deutschland für den Wiederaufbau des durch
den Krieg grausam zerstörten Nordfrankreich zu leisten
vermocht?

Ist mit Briand die alten, vor allem auch Frankreich selbst,
heißtome politische Vernunft auf dem Marsche? Wir wagen
diese Frage nicht zu bejahen. Gewiß, nachdem ein jahre-
langer Krieg die nationalen Empfindungen bis zum Wahnsinn
aufgepeitscht hat, muß jeder Staatsmann, der nicht von der
Bildfläche hinweggefegt werden will, damit rechnen, daß der
reichende Strom der Leidenschaften nur allmählich in sein
Bett zurückkehren kann. Aber solange Frankreich nicht
erkennt, daß die militärischen Sanktionen ein un-
haltbares Unrecht sind, daß das gegen Oesterreich erlassene
Anschlußverbot wider Hohn auf das Selbstbestim-
mungsrecht der Völker ist, und daß eine Heberpannung der
deutschen Leistungen über die Leistungsfähigkeit hinaus zur
Vernichtung nicht Deutschlands, sondern der gesamten Welt-
wirtschaft führt, solange wird man nicht behaupten können,
daß der Welt die Morgenröte einer neuen, besseren Zeit
dämmert.

Jene unheilvolle Entwicklung, die Volk gegen Volk treibt,
hat noch keine rückläufige Bewegung angenommen, sie ist nur

Durch die Wiederaufhebung des Kabinetts Wirth und durch die Erhaltung des Kabinetts Briand zu einem gewissen Stillstand gekommen. Deutschland hat den Mut des Besiegten gefunden, unvermeidliche Folgen seiner Niederlage auf sich zu nehmen, aber Frankreich noch nicht den Mut des Siegers, dem geschlagenen Feind mit Mäßigung und Gerechtigkeit und mit dem Willen zu wahrhaftem, dauerndem Frieden gegenüberzutreten. Millionen in Deutschland stehen mit ihrer Ueberzeugung dafür, daß die Schäden des Krieges nach Kräften wieder gutgemacht werden, und daß nie wieder Krieg sein soll. Ihre Ueberzeugung hat der gegenwärtigen Regierung über die schwerste Krise hinweggeholfen und damit die weispolitische Lage für alle, zunächst für Deutschland, aber zugleich auch für Frankreich erleichtert. Das war eine Tat des Muts, auf die wir das Recht haben, ein klein wenig stolz zu sein, es war ein heißer Kampf, aber wir haben gewonnen!

Heiß war der Kampf, weil hinter unseren inneren Gegnern der französische Nationalismus als ihr bester Bundesgenosse stand. Der Sturz des Kabinetts Wirth, die Bedrohung seiner einsichtsvollen, auf die Wiederherstellung eines wahrhaft befriedeten Europa hinarbeitenden Arbeit, war eine Auswirkung jener Politik, die auf die Vernichtung der deutschen Einheit, auf die Losreißung ganz Oberschlesiens, auf die Pulverisierung ganz Europas hinarbeitete. Ein französisches Chauvinistenblatt schrieb in den Krisentagen haßerfüllt, daß die Politik des Kabinetts Wirth für Deutschland Goldes wert sei. Sie ist es, aber, Franzosen, vergeßt nicht, daß Deutschland Gold braucht, um seine Schulden an Frankreich bezahlen zu können!

Dem extremen Nationalismus, der vorgibt und sich vielleicht selber einbildet, er wolle seinem eigenen Volke Glück bringen, der aber allen, nicht anderes bringen kann als entsetzliches Unglück, hat ein Spiel verloren, aber er gibt es noch nicht auf. Die französischen Nationalisten haben noch eine Hoffnung: den deutschen Nationalismus. Und die deutschen Nationalisten haben auch eine: den französischen Nationalismus. Die Welt würde den Tag segnen, an dem eine französische Regierung den Mut haben wollte und dürfte, den französischen Unheilsstürmen ebenso die Stirn zu bieten, wie ihren deutschen Gefährten und Zielgenossen das Kabinett Wirth.

Treue um Treue!

Das Ausscheiden des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau wird von der Presse der Linken lebhaft bedauert. Sowohl die „Voss. Ztg.“ wie die „Freiheit“ sprechen ihr Befremden über den Rücktritt des Ministers aus und weisen übereinstimmend darauf hin, daß der Beschluß der Demokratie, sich nicht an der Regierungsbildung zu beteiligen, für Rathenau nicht hätte bindend sein dürfen, da er nicht in seiner Eigenschaft als Demokrat, sondern als Fachminister im besten Sinne des Wortes dem verflochtenen Kabinett angehört. Die „Voss. Ztg.“ schreibt:

Es konnte den demokratischen Abgeordneten keinen Augenblick zweifelhaft sein, welche Schwächung der internationalen Stellung des Kabinetts es bedeuten mußte, wenn gerade Rathenau auf der Ministerliste setzte. Es war der Fraktion ja auch nicht unbekannt, daß Dr. Rathenau zwar Mitglied der Demokratischen Partei war und ist, daß er aber nicht als Parteiminister, sondern lediglich auf die Initiative des Reichszuglers Wirth und gegen starke Bedenken vieler demokratischer Parteigrößen in die frühere Regierung eingetreten war. Und es gehörte schon eine starke Dosis von Vergeßlichkeit dazu, jetzt plötzlich denselben Dr. Rathenau als Parteimannt zu reklamieren, den man bis vor kurzem nie in die vorderste Linie gelassen, der sogar in den Reihen der eigenen Partei Schwierigkeiten zu überwinden hatte, ehe er, einer der berufensten Wirtschaftskenner, in den Reichswirtschaftsrat von der Regierung nominiert werden durfte. Dieses Verhalten der Fraktion war um so bedauerlicher, als Rathenau durch ihren Beschluß in den Verdacht der Untreue gegen Dr. Wirth gelangen konnte, der Rathenaus Ministerkandidatur allen Bedenken und Widersprüchen der Parteien abgerungen hatte.

Eine jiddische Tragödie der Beseffenheit.

(Jüdisches Künstlertheater.)

Der jiddische Dichter Enkli lebt, sinnierend und phantasierend, mit den bunten, verstrickenden Gott- und Teufelslegenden seiner Heimat. Es sahen, es sahen noch heute die Juden des russischen und polnischen Ghettos in ihren Bethäusern. Sie hüllten sich in Betmäntel und vergaßen, daß ihre Eltern, Geschwister und Brüder häufig gemordet worden sind, wenn der Pogrom wüthete. Sie vergaßen, daß sie schämen müssen, sie vergaßen, daß sie schämen müssen in Landwirtschaft und Handwerk. Sie verkehrten nur mit Gott und den Follanten, die seine Lehre aufbewahren. So sicher tragen sie in sich den Himmel, daß sie glauben, sie können den Himmelsheerführer rufen, daß er auch die Sorgen ihres Alltags als ein Kameel schlachte. Sie erbauen sich eine ungeheure Ueberwelt des jenseitigen Gedankens. Sie scheuen sich aber auch nicht, an die bösen Dämonen der Unterwelt zu glauben, die den Menschen besessen. Dann wehe dem Beseffenen. Der Dämonenglaube ist nicht reine jiddische Religion, er ist Zustupf und Abweg der Gottesgelehrten, die sich einbildeten, daß sie mit Hilfe ihrer Verkündung Einnahme gewinnen können auf Geistes und göttliche Kräfte.

Diesen Glauben zum Hebel eines Dramas zu machen, war Wille des jiddischen Dichters. Er ist kein abstrakter Mann. Er gefällt sich in einem sorgigen Spiel. Er erfand die Kindergeschichte, die Annengeschichte von dem Jüngling, der fromm und arm war, aber des reichen Mannes Tochter liebte. Da das Mädchen einen anderen Bräutigam nehmen soll, versucht er als Alchimist das Gold zu schaffen, das ihn der ersehnten Brautwerbung würdig machen würde. Er fällt tot hin bei seinem Werk. Aber nun ist sein Geist, sein „Dybu“ — so heißt das Drama — in die Braut gefahren. Am Hochzeitstage vermischt sie den reichen Bräutigam. Sie wird zum Wunderkinder gebracht, der die Beseffenheit befreit soll. Aber die Befreiung geschieht auf seltsame Art. Der Jüngling entsteigt dem Grabe. Die Liebenden umarmen sich.

Es ist eine rührende Geschichte, mit einer höchst merkwürdigen Farbigkeit gespielt. Wir sehen nicht mehr die gewöhnliche Schnorrertragödie im Jargon, auch nicht mehr den geübten Schwank, sondern nationale Eigentümlichkeiten aus einem ungeheuer gespannten und überspannten Gottesdasein. Die Bestäubung der Chassidim, d. h. der mystischen Himmelsfreunde, ist aufgebaut. Am Wunderlichen liegt naher der Rabbi, zu dem sie wallfahrten wie zu einem Ragier. Sie verehren ihn mit jüdischen Ehren. Die Frommen nehmen sich bei den Händen und umlangen das heilige Gehäuse, in dem die Thora, die Bücher Moses, aufbewahrt werden. Und zu dieser malefischen, stimmungsvollen Fülle der Eindrücke kommt die eigentümliche Singstimmigkeit, die ständig das jiddische Drama durchsummt. **Gewiß, die Mystik, die das Stück einfaßt, ist die Mystik des kleinen**

Die in den letzten Zeiten geübte Auffassung der „Voss. Ztg.“ können wir nur bestätigen. Tatsächlich setzte sich Wirth aus sachlichen Gründen mit einer Initiative für Rathenau ein, die es diesem geradezu zur Pflicht machen muß, bei den kommenden schweren Entscheidungen das Kabinett Wirth nicht im Stich zu lassen.

In ähnlichem Sinne schreibt auch die „Freiheit“:

Leider hat sich Dr. Rathenau, der ausdrücklich nur wegen seiner sachlichen Eignung und nicht wegen seiner nominellen Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei in das frühere Kabinett berufen worden war, durch eine falsche und unangebrachte Solidarietät veranlaßt gesehen, sein Ministerium nicht fortzuführen. Es ist unbegreiflich, daß ein Mann von Qualitäten sich von Betrütern und Konfessionen irgendwo bestimmen läßt. Dr. Rathenau hat eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen; es geht nicht an, sie mitten im Werk im Stich zu lassen. Sein Ministerium ist unbesetzt, und wir denken, daß der Wiedergutmachungsminister den Fehler, den er begangen, bald wieder gutmachen kann.

Rathenau übernahm mit dem Wiesbadener Abkommen eine Aufgabe, die heute in keiner Weise erledigt ist. Durch die Behandlung dieses Abkommens in der Reparationskommission ist eine Krise geschaffen worden, die unbedingt zu ihrer Lösung desselben Mannes bedarf, der die einleitenden Beratungen führte.

Wer soll verhandeln?

Durch die Presse gehen neuerdings Rüttelungen, die eine Reihe von Männern nennen, von denen einer als Kommissar für die Leitung der wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen gewählt werden soll. Wie immer besteht der größte Teil dieser Kandidaten aus Großen des alten Systems, wogegen wir uns noch im letzten Augenblick verwahren müssen. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß gerade in Genuß von Verkopern der wilmelminischen Aera, die offiziell die deutsche Republik vertreten, vieles schlecht und nicht zuletzt zu unseren Ungunsten entscheidend beeinflusst wurde. Arbeitervertreter kamen aber in Genuß erst wieder zu Wort, nachdem bereits die politische Entscheidung gefallen war und die wirtschaftliche Lösung bereits in groben Umrissen feststand. Wir müssen verlangen, daß mit den kommenden Verhandlungen vor allem ein Mann der Wirtshaft betraut wird, der zugleich weiß, daß er die Interessen der deutschen Arbeiterschaft zu vertreten hat; denn neben Wirtschaftfragen handelt es sich bei den deutsch-polnischen Verhandlungen hauptsächlich um die Sicherung des deutschen Arbeiterrechtes. Ganz entschieden vermehren wir uns gegen die Ernennung des jetzigen Vertreters der Regierung in Oppeln, des Grafen Braschma, die gleichfalls wieder im Vordergrund steht. Ein Braschma in Oppeln als Vertreter der Regierung hat uns nur geschadet. Das gleiche wird der Fall sein, wenn der Mann ohne Initiative Gelegenheit bekäme, als deutscher Kommissar den bisherigen Kurs fortzusetzen.

Abwartende Haltung der Börse.

Die heutige Börse stand unter dem Einfluß der ungeklärten innerpolitischen Entwicklung sowie der Londoner Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten Havenstein über eine englisch-amerikanische Anleihe für Deutschland. Der Devisenmarkt war bei stillem Geschäft sehr fest. Dollarnoten wurden gehandelt mit 170, englisches Pfund mit 670 und Polennoten mit 420. Auch der Wertpapiermarkt, auf dem heute kein offizieller Handel stattfand, ist sehr fest. Es wurden Kurse genannt, die zum Teil die des Vortages übersteigen.

Der Mordanschlag auf Auer.

München, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die polizeiliche Untersuchung des Attentats auf den Genossen Auer hat ergeben, daß die Schüsse auf Auer aus einer automatischen Pistole, Kaliber 7,45 Millimeter, abgegeben wurden. Außer den abgeschossenen Hülsen wurde eine noch Art der Dum-Dum-Schosse abgeplatzte Patronen am Latort gefunden. Außerdem entdeckte man an der inneren Friedhofsmauer eine Leiter, mit deren Hilfe der oder die Täter offenbar über die 3 Meter hohe Mauer gestiegen sind.

Mannes, sie wirkt eher als Zauberei des Medizinmannes. Aber alles, was sich märchenhaft abspielt und mit gotischer Gespensterel, fesselt die Sinne.

Sind diese jiddischen Schauspielere eigentlich gute, verwandlungsfähige Komödianten und darum Träger jener Mannigfaltigkeit, die aus einem Menschen hundert Wesen werden läßt? Sie haben für sich die Freundlichkeit des Zuschauers, die zunächst das Rationale, das ihren Stamm auffindend sucht. Dann beruhigt sich dieses Interesse, und man gesteht sich, daß ihre Kräfte selten über das Zufällige der eingeborenen Eigentümlichkeit hinausreichen. Nicht das Grobe wird an ihnen bewundert, sondern mit Teilnahme die Entfaltung ihres besonderen Wesens betrachtet.

Max Hasdorff.

Ueber Prophezelungen und Hellscheu sprach in der Reihe der wissenschaftlichen Vorträge der Urania der bekannte Neurologe Dr. ROLL. Bekanntlich hat sich in Berlin eine besonders aus Vertretern der Wissenschaft zusammengesetzte Studiengesellschaft gebildet, die es sich zur Aufgabe macht, ihr vorgeführte „okkulte Phänomene“ ernstlich zu untersuchen. Herr Roll, der zu dieser Kommission gehört, mußte aber in seinem Vortrage erklären, daß bisher noch kein Fall zu seiner Kenntnis kam, der „übernatürliche Kräfte“ zu seiner Erklärung bedürfte. Dafür entzogen sich aber manche „Wunderkräfte“ der Beobachtung, wenn sie mit aller Vorsicht und wissenschaftlicher Gründlichkeit vorgenommen werden sollten. Prophezelungen und Hellscheu sind Formen primitiver (magischer) Weltbetrachtung, die durch die Folgen des Krieges wieder lebhaft in Aufnahme gekommen sind. Dr. Roll schilderte eingehend (auch mit Hilfe von Lichtbildern) ihre verschiedenen Abarten und wies an Hand wissenschaftlicher Forschungen nach, daß sie zum allergrößten Teil auf Betrug, Täuschung, insbesondere auf Erinnerungsadaptation beruhen, die nachträglich Erfahrenes als Hellscheu zurückdatieren. An dem Fall des „Klugen Hans“, der Kubikwurzel aus 209, zeigte er, wie leicht selbst hervorragende Wissenschaftler (Prof. Stumpf uvm.) bei mangelhaften Versuchsanordnungen versagen. Grundregel aller Versuche muß sein, daß keiner der Beteiligten das Resultat kennt. In diesem Fall konnte weder der „Klugen Hans“ noch einer der Hellscher aber irgend etwas herausbringen, da ja keiner ihm (unbewußt) eine Hilfe zu geben imstande war.

Um dem grassierenden Aberglauben wirksam entgegenzutreten, sollten solche aufstrebenden Vorträge — allerdings mit guten Sprechern — in die weitesten Kreise getragen werden.

August Gaul über die Zukunft der Kunst. Der verstorbene Bildhauer August Gaul hat sich als Mitarbeiter des Bundes der Ueberkonfessionellen, die gerade vor einem Jahr den Grundstein für ihr Haus in Niederhohenweide legten, über die kommende Kunst ausgesprochen:

„In einem neuen großen Glauben, in dem Glauben an den Sozialismus sucht das frische Europa, die unglückliche Welt, Heil und Kräftigung zu finden. Auch die überkonfessionelle Bestrebung ist wohl ein Weg zu dieser heilbringenden Quelle. Ueberbrückung, mögliche

Die Erregung innerhalb der Münchener Arbeiterschaft über den gemeinen Mordanschlag ist außerordentlich. Die Sektionen der Arbeitgemeinschaften haben scharfe Proteste abgegeben und stirkte Forderungen an die Regierung nach Schutz des Lebens ihrer Führer beschossen. Die große Massenversammlung der Arbeiterschaft am 10. November auf dem Königsplatz wird außer dem Thema „Nie wieder Krieg“, die Parole „Gegen den politischen Mord“ tragen. Die Münchener Presse berichtet über das Attentat im allgemeinen ruhig und sachlich. Die „Staatszeitung“ sagt:

„Man wird wohl kaum zugeben in der Annahme, daß es sich um ein politisches Attentat handelt, das, wenn es Erfolg gehabt hätte, schwerwiegende Folgen für die Ruhe und Ordnung der Landeshauptstadt und wohl auch darüber hinaus gehabt hätte. Der Versuch, politische Männer aus der Welt zu schaffen, kann nicht oft und streng genug perurteilt werden.“

Nur die „Münchener Zeitung“ glaubt, den Mörder in Schutz nehmen zu müssen. Man brauche die ganze Angelegenheit (so schreibt sie) zunächst als nichts anderes aufzufassen, als eine nächtliche Schieberei. Dieser schamlose Ablehnungsversuch ist der beste Beweis dafür, in welchem Ueber die Mordtaten zu suchen sind.

Sozialdemokratie und Militärärzte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlichte gestern morgen einen Bericht über die Hauptauschussung des Landtages, in dem sie unseren Redneräußerungen in den Mund legt, die geeignet sind, in den Kreisen der Militärärzte große Beunruhigung hervorzurufen. Unser Redner sollte sich mit schärfsten Worten gegen die Beschäftigung von Militärärzten in Amisstellen ausgesprochen haben. Wie uns Genosse Lüdemann hierzu mitteilt, entspricht dieser Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ in keiner Weise seinen tatsächlichen gemachten Ausführungen. Lüdemann wies vielmehr nur darauf hin, daß selbstverständlich nicht alle Militärärzte alle Berufe ausfüllen könnten, ebensowenig wie durchaus nicht jeder Jurist infolge seiner theoretischen Vorbildung zu jedem höheren Verwaltungsposten geeignet sei. Es müsse vielmehr die Möglichkeit geschaffen werden, für solche Stellen, die eine besondere Arbeitstechnik oder Arbeitsweise erforderten, Kräfte zu finden, die auch wirklich in der Lage wären, diese Bedingungen zu erfüllen. So sei es nicht angängig, weibliche Arbeitskräfte aus solchen Amisstellen herauszubringen, die der Art ihres Aufgabentranges nach nur von weiblichen Beamten bedient werden könnten.

Die Memelfrage.

Genf, 26. Oktober. (B.Z.) Eine Abordnung der Gewerkschaften des Memelgebiets überreichte heute den Teilnehmern der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf eine in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßte Denkschrift mit der Forderung vollständiger Selbständigkeit unter dem Schutze einer der westeuropäischen Mächte. Diese Forderung gründet sich auf die besondere Lage der Arbeiter, deren Zukunft in materieller und sozialer Hinsicht durch die Einverleibung des Gebiets in einen osteuropäischen Staat zerstört werden würde. Die Denkschrift erhebt deshalb den schärfsten Widerspruch gegen eine Auslieferung Memels an Litauen und Polen.

Die Grenzfestsetzung in Oberschlesien.

Oppeln, 26. Oktober. (B.Z.) Wie uns mitgeteilt wird, entspricht die Meinung, daß bereits am Montag die zur Führung der ober-schlesischen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen bestimmte polnische Delegation unter Führung von Pluciniski in Oppeln eingetroffen sei, nicht den Tatsachen. Es handelt sich bei der in Oppeln am Montag, sondern am Dienstag abends angekommenen Kommission um Mitglieder der deutsch-polnischen Grenzregulierungskommission. General Dupont ist der Vorsitzende der deutsch-polnischen Grenzregulierungskommission, die gleichzeitig mit der Uebergabe der ober-schlesischen Karte gemäß Absatz 3 Artikel 1 der Anlage beauftragt worden ist. Ihre Arbeit vorzuzüglich zu beginnen. Sie ist von der Internationalen Grenzregulierungskommission völlig unabhängig und befindet sich seit zwei Tagen in Kattowitz. Der polnische Delegierte in der Grenzregulierungskommission ist Graf Seembec aus Posen.

Beseitigung von allem Trennenden und das Sichfinden in dem guten Kernpunkt, dem gleichen und gemeinsamen Ethos aller großen Religionen.

Wenn diese Quelle wirkliche Heilkräfte besitzt, wenn der Weg zu ihr hinführt, wenn der Kranke wieder jugendfrisch und stark ist, dann wird auch sein Kleid, die Kunst, herrlich sein, der selbstverständliche Ausdruck seines Innenseins.

Erst dann, vielleicht in hundert, in zweihundert Jahren wird dieser neue Glaube die Kunst heben, welche ebenbürtig neben den Blüten früherer Jahrhunderte stehen kann.

Was jetzt tun? Die Kunst ist nicht tot, sondern lebendig wie eine junge Pflanze in den Krustfalten und sie soll und wird blühen, wenn ihre Zeit kommt. Häuser, welche man jetzt dem neuen Glauben bauen wird, und der Schmutz der Fäulnis werden vielleicht noch nicht die Blüte sein, und doch müssen wir die Pflanze pflegen, auf daß sie blühe. Wir werden Häuser bauen und werden dieselben schmücken und werden denselben Inhalt geben. Der Künstler, der wirklich und wahrhaftig und reinen Herzens der Sache dient, wird auch Werte schaffen. Alle reinen und starken menschlichen Gefühle werden durch große Kunst zur Religion und stehen sich alle nahe. Erdteile und Jahrtausende rücken zusammen.

Das Ueberkonfessionelle ist in der Kunst schon voll in Erscheinung getreten und bewiesen. Dies in den überkonfessionellen Häusern zu zeigen wäre gut, also ein Aufstellen guter Vorbildungen der besten Werte sicher kein Fehler. Schöpfungen unserer Zeit sollten dazwischen stehen und mitfließen.

Dom Mogen zum Erlinden. Einem römischen Gymnasialisten hatte der Wunsch, sich die schwierigen Examensarbeiten zu erleichtern, den Gedanken eingegeben, sich eine funktionsgraphische Anlage zum persönlichen Sondergebrauch einzurichten. Diese Anlage bestand aus zwei kleinen Kästchen, von denen das als Empfangsapparat dienende im Schulzimmer aufgestellt fand, während das andere, den Beobachtungsapparat enthaltende Kästchen außerhalb der Schule untergebracht worden war. Die funktionsgraphische Miniaturanlage setzte den erfindungsreichen Schüler in die Lage, sich beim Examen Rat und Hilfe von außen zu verschaffen. Leider wurde dieses sinnreiche Verfahren von einem Lehrer entdeckt, und die Folge war, daß der Schüler von der Schule verwiesen wurde. Wer was zunächst ein Unglück schien, schlug dem jungen Erfinder zum Glück aus. Woronin, der von der Sache gehört hatte, ließ sich den Apparat zeigen und war von den Neuerungen, die der junge Mann angebracht hatte, so ergriffen, daß er den Erfinder zu sich kommen ließ und als Berater und Gehilfen bei seinen Arbeiten annahm.

Musikchronik. Frédéric Lamond und Ludwig Ellner sind die Solisten des II. Orchester-Konzerts, das am 30. Okt. mittags in der Scala stattfand. — Bei dem 2. Sonntag-Mittag-Konzert im Sallertheater werden Hanns Quartett in G-dur op. 75 Nr. 4 und Mozart's Dämteit in C-dur aufgeführt.

Die I. Thüringer Kreis-Wander-Bücherei wurde im Schloß zu Arnoldshausen eingerichtet. Sie verleiht auch in den nächsten Ort im holländischen Weichsel im Wärgertien, die gleich als Regale dienen, nach jeder Woge der Empfänger.

Ungarn und die kleine Entente.

Aus verschiedenen Quellen wird gemeldet, die kleine Entente habe der ungarischen Regierung das Ultimatum, in dem die Auslieferung Karls und die Abrüstung Ungarns unter Bürgschaft verlangt wird, bereits überreichen lassen. In hiesigen gutunterrichteten Kreisen hält man diese Nachricht für verfrüht. Immerhin werden die militärischen Vorbereitungen fortgesetzt und man dürfte sich auf Seiten der kleinen Entente kaum mit der Internierung Karls begnügen. Man hält es auch weiterhin für unbedingt geboten, Ungarn zur Abrüstung zu zwingen und wird sich auf keine Scheinaktion einlassen.

Um Karl.

Budapest, 26. Oktober. (W.B.) Erzherzog Karl und Erzherzogin Sita sind Mittwoch morgen aus Tata nach Eibang in das Benediktinerkloster gebracht worden.

Prag, 26. Oktober. (W.B.) „Pravo Lidu“ meldet, daß der Ministerrat beschloß, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, nach dem der Großgrundbesitz des karolischen Adels unverzüglich beschlagnahmt werden soll.

Gejäs in Oedenburg.

Budapest, 26. Oktober. (W.B.) Seit heute mittag ist Oedenburg von Banden unter dem Kommando des Oberleutnants Hejas besetzt. Hejas hat die in Oedenburg befindlichen Zeitungen entwaffnet. In Budapest wurde eine amtliche Bekanntmachung veröffentlicht, in der die Tätigkeit des Oberleutnants Hejas gegen die Putschisten lobend hervorgehoben und mitgeteilt wird, daß er sich jetzt in Oedenburg befindet und bereit sei, die Stadt beim Eintreffen der zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlichen Kräfte wieder zu räumen und sich der Generalkommission zur Verfügung zu stellen.

Kolozsny, Andrássy und Graf sowie die Führer der kuffländischen, Major Ditzburg und Oberleutnant Kurz, sind nach Budapest gebracht und in gerichtlichen Gewahrsam genommen worden. Die Abgeordneten Beniczky und Szyncecsanyi, die ebenfalls der Urheberchaft des Handstreicherputsches beschuldigt werden, haben sich freiwillig gemeldet und sind in Polizeigewahrsam genommen worden.

Budapest — München.

München, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zu den Meldungen der österreichischen Regierung über die Beteiligung bayerischer Pöhllinge an dem Karlistenputsch in Ungarn erhebt die bürgerliche Presse Münchens ein großes Entrüstungsgeschrei und gibt ihr Unbehagen zu erkennen über ihre „wenig freundschaftliche Gesinnung“. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß der ehemalige Stabschef der bayerischen Einwohnerverschutz, Graf Kirchner, und der Stabschef der Tiroler Jugendgruppe zu Besprechungen in Budapest während der letzten Woche erwartet wurden und daß zwischen München, Innsbruck und Budapest, wie wir bestimmt wissen, in der letzten Zeit ein umfassender „Kurierdienst“ von Angehörigen ehemaliger Selbstfreiwilligenverbände bestand.

Arbeitslosenelend.

Labour Party gegen die englische Regierung.

London, 27. Oktober. (W.B.) Bei der gestrigen Erörterung der Arbeitslosenunterstützung im Unterhaus verließen die Arbeitermitglieder, unwillig darüber, daß sie keine größere Zuwendung von Seiten der Regierung für die Unterstützung der Arbeiterfamilien erlangen konnten, unter heftigem Einspruch das Haus. Die Arbeiterpartei beschloß, eine Abordnung an Lloyd George zu senden und ihn dringend zu ersuchen, den Beitrag für Kinder von Erwerbslosen zu verdoppeln.

Asquith unternimmt einen Redefeldzug.

Asquith eröffnete gestern seinen politischen Herbstfeldzug mit einer Rede in Tunbridge Wells, in der er die irische und die mesopotamische Politik der Regierung, wie die Behandlung des Arbeitslosenproblems einer scharfen Kritik unterzog. Asquith forderte zur Behebung der Erwerbslosigkeit und zur Förderung des Handels Streichung der internationalen Schulden und vor allem eine Revision des gesamten Reparationsplanes.

Riesendemonstration in Kopenhagen.

Kopenhagen, 26. Oktober. (W.B.) Heute kam es hier zu einer großen Arbeiterdemonstration gegen die von der Regierung vorgelegten Arbeitergesetze. 25 000 Menschen zogen nach dem Reichstagsgebäude. Dem Minister des Innern wurde von einer Deputation eine Resolution vorgelegt, in der für die Arbeitslosen Arbeit verlangt und gegen jeden Versuch, die Löhne zu reduzieren, protestiert wurde. Die Demonstration nahm einen durchaus ruhigen Verlauf.

Die Genfer Arbeitskonferenz.

Genf, 26. Oktober. (W.B.) In der heutigen Sitzung der internationalen Arbeitskonferenz wurden die Vizepräsidenten bestimmt. Es wurden gewählt: 1. für die Regierungen der Schweiz, 2. für die Arbeitgeber Schweden, 3. für die Arbeitnehmer Jugoslawien-Frankreich. Für den Ausschuss, der die in den Sitzungen zu behandelnden Fragen vor schlägt, wurden gewählt: 1. für die Regierungen Schweden-Frankreich, 2. für die Arbeitgeber Schweden, 3. für die Arbeitnehmer Belgien.

Die Versammlung begann hierauf die Debatte über die grundsätzlichen Fragen, namentlich darüber, ob der Verwaltungsrat zuständig sei, die Anwendung der Washingtoner Beschlüsse betreffend die allgemeinen wirtschaftlichen Arbeitsbedingungen auf die Tagesordnung zu setzen. Frankreich und die Schweiz hatten sich bis jetzt dagegen geäußert, die südlichen Staaten traten jedoch dafür ein. Jugoslawien-Frankreich trat für Anwendung der Washingtoner Beschlüsse auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse ein. Nachdem sich noch die Vertreter Kolumbiens, Chiles, Indiens, Großbritanniens, Belgiens, Hollands und der Schweiz zu der Frage geäußert hatten, wurde beschlossen, die Sitzung aufzuheben, um morgen zunächst die Kompetenzfrage, d. h. ob die Versammlung berechtigt ist, die Frage der Festsetzung der Arbeitszeit in den landwirtschaftlichen Betrieben auf die Tagesordnung zu setzen, zu erledigen.

Das Komitee des internationalen Gewerkschaftsbundes, bestehend aus Thomas-England, Jugoslawien-Frankreich, Mexiko-Belgien und Dodegest-Holland, richtete eine Denkschrift an die Delegierten des internationalen Arbeitskongresses, in der sie ersuchen, daß an Stelle des von der holländischen Regierung als Arbeitervertreter nach Genf entsandten Sarracens, der aus einem Konglomerat von kleinen Arbeiterorganisationen und dem holländischen Gewerkschaftsbund hervorgegangen ist, Dodegest, der Streikler des internationalen Gewerkschaftsbundes, als Delegierter der holländischen Arbeiter schaft bezeichnet werde.

Groß-Berlin

Die Klante-Gläubiger.

Die erste Gläubigerversammlung in einem der größten Konkurse, den man bisher kennt, fand heute vormittag im großen Schwurgerichtssaal des neuen Justizpalastes in Moabit unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Schulze statt. Man hatte aus den Erfahrungen der Gläubigerversammlung im Kohn-Konzern gelernt und infolgedessen diesmal eine bessere Organisation durchgeführt. Personen, die mit dem Konkurs nichts zu tun hatten, kamen nicht in den Saal. Nur wer im Besitz eines Dividendencheines war, fand Zutritt. Trotz alledem herrschte ein riesiges Gedränge. Unmittelbar nach Eröffnung der Gläubigerversammlung durch Amtsgerichtsrat Schulze beantragte Rechtsanwalt Stern als Vertreter der Gläubigergruppe Kampf-Hohenberg die Vertagung der heutigen Gläubigerversammlung mit Rücksicht darauf, daß das Landgericht III am morgigen Freitag über die Beschwerde gegen den Konkursantrag zu befinden habe.

Der Antrag wurde jedoch mangels gesetzlicher Gründe hierfür vom Gericht abgelehnt. — Hierauf beantragte Rechtsanwalt Blumberg, der Verteidiger Klantes, die Vorführung seines Klienten, da dieser den dringenden Wunsch habe, sich selbst vor seinen Gläubigern zu rechtfertigen. (Stürmische Bravorufe.) Der Untersuchungsrichter habe die Vorführung Klantes wegen Fluchtverdacht abgelehnt. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Dann erstattete Konkursverwalter Wunderlich den Bericht.

Er kennzeichnete zu Beginn seiner Ausführungen den Gemeinschuldner Klante, der 1919 als Reisephotograph und Zeitungsausträger 20.64 M. Steuer bezahlte, während er 1920 und 1921 zu einer halben Million Mark Steuer veranlagt war. Klante sei nicht der „geborene“ Betrüger, doch habe ihm sein von großem Glück begünstigter Idealismus zu immer größeren Transaktionen verleitet, denen er nicht gewachsen war.

Neben dem Konkurs des Klante-Konzerns läuft der der Max Klante u. Co., G. m. b. H., die im Dezember 1920 Max Klante mit 450 000 M. begründet hatte.

Ueber die Entstehung der Zahlungsschwierigkeiten vermochte der Konkursverwalter keine genauen Angaben zu machen, da die Bücher Klantes so gegen alle kaufmännische Sorgfalt geführt waren, daß die beidigten Revisoren zu einem vernichtenden Urteil gekommen sind.

Die Bar- und Sachwerte.

Aus dem Postgeldguthaben flossen der Konkursmasse 12 600 000 Mark zu, aus der Köpenicker Bank 5.8 Millionen, von Bankrotten 20 000 M., aus dem Rennstall 354 000 M., aus dem Finanzamt Dresden 2 Millionen, aus dem Finanzamt Lübeck 84 000 M. Zwischen Materialversteigerung fand sich eine Kriegsanleihe in Höhe von 600 M., bei der Köpenicker Bank lagen an Effekten 21 216 M., so daß die Gesamtsumme der Geldwerte auf 21 500 000 M. geschätzt wird. Der Rennstall Klantes ist auf 200 000 M. zu schätzen, die drei Autos auf 120 000 M., die Bureaueinrichtung auf 100 000 M., eine Villa und eine Druckeremachine werden auf 280 000 M. geschätzt, so daß insgesamt auch hier 700 000 M. herauskommen. Insgesamt repräsentieren die Aktiven etwa 23 Millionen Mark. Hieron sind etwa 5 Millionen für Angestellte, Finanzämter usw. in Forderung zu bringen, so daß nur 17 Millionen Mark für vorrechtlose Forderungen verbleiben. Die Finanzämter, die 8—10 Millionen beschlagnahmten, wollen jedoch mit dem Konkursverwalter verhandeln und ihre Forderungen einschränken.

Die Versammlung ging bei Schluß des Blattes noch weiter.

Tragischer Tod eines Menschenfreundes.

Von dem Deutschen Eisenbahnerverband erhalten wir folgenden beachtenswerten Bericht über ein höchst bedauerliches Vergehen mit tragischem Ausgang, dem wir wegen der grundsätzlichen Einflüßung des Verbandes zu einer wichtigen Kulturfrage gern Raum geben.

Auf die traurigen und fürchterlichen Folgen des unanigen Alkoholgenußes, welche besonders in der letzten Zeit häufig in Erscheinung treten, ist sehr oft in der Presse hingewiesen worden. Leider treffen die Auswirkungen in vielen Fällen solche Personen, welche nicht betrunken sind und sich bemühen, Bezugs zu leisten. Ein solcher besonders bedauerlicher Fall ereignete sich in der Nacht vom 18. zum 17. Oktober d. J. auf dem Bahnhof Straußnussburg. Der Arbeiter Gustav Endow, Berlin-Nichtenberg wohnhaft, kam um 11.49 Uhr auf dem betreffenden Bahnhof an. Ein stark angegrünter Freund begrüßte sich ziemlich ausfallsig und machte sich unangenehm bemerkbar. Endow, der kein Freund von solch lärmenden Egenen war, verzichtete den Betrunkenen zu beruhigen. Wie so oft bei solchen Vorkommnissen, wurde dieser aber ungeduldig und ließ den Endow anerblich unbedacht vor die Brust. Endow kam zu Fall, fiel unglücklichweise unter den fahrenden Zug und wurde sofort getötet.

Unübersehbar und mangelnde Energie des einzelnen, der nicht Herr seiner selbst ist, um den übermäßigen Alkoholgenuß zu unterlassen, aber auch des nicht stark genug zu verurteilende Vergessen von leider gemeinsamen Kollegen, einem anderen einen ordentlichen Rausch zu verschaffen, sind Ursache zu solchen traurigen Vorkommnissen. Es ist endlich an der Zeit, daß darauf gesehen wird, daß solch Säufererem unterbleiben und daß man seine Freiheit zum wichtigeren Nachdenken und zur Weiterbildung benutzt. Kampf dem Ausbeuter und dem Kapitalismus! helfe es. In Beträchtlichkeit fahrt man den Schnapsmagoten, unseren größten Feinden, den Rücken. Wenn es ganz ohne einen Schnaps und Bier bei vielen nicht geht, so sollte man doch endlich anfangen, Moß und Bier zu halten. Unser Zeit braucht klare Köpfe und die Selbstbussung muß endlich aufhören. Im Verkehr mit Betrunkenen aber lasse man äußerste Vorsicht walten, und wenn es nicht anders geht, eruche man andere Mitmenschen um Hilfe.

Kursus über die Alkoholfrage. Die Berliner Ortsgruppe des Arbeiter-Abkämpfers-Bundes veranstaltet zur Aufklärung über die sehr wieder wachsende Alkoholgefahr eine Reihe von Vorträgen für Erwachsene und Jugendliche. Die Themen der einzelnen Vorträge lauten: „Der Alkohol vor dem Forum der ärztlichen Wissenschaft“, Referent Genosse Dr. C. Bräuer. „Alkohol und Kassenkampf“, Referent Genosse Ehr. Wurm. „Das Alkoholverbot“, Referent Genosse G. Davidsohn. „Alkohol und freie Jugendbewegung“, Referent Genosse V. Blottke. Außerdem Lichtbildvorführungen. Die Vorträge finden an jedem Sonnabend, nämlich 7½ Uhr abends, im Zeichensaal der Sophien-Schule, Weinmeisterstraße 16/17, statt. Der Kursus beginnt am Sonnabend, den 29. Oktober 1921. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft.

Ein erfreuliches Bild von der Entwicklung des Konsumgenossenschaftswesens entrollte der Jahresbericht, der am Mittwoch abend in der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, die in der „Neuen Welt“ tagte, erstattet wurde.

Nach dem Bericht ist in dem abgelaufenen 22. Geschäftsjahr der Gesamtumsatz auf 233 989 073 M. gestiegen gegen 140 533 468 Mark im Vorjahre. Der Referendumsfonds beträgt 1 629 000 M., an eigenen Betriebsmitteln sind 49 343 402 M. vorhanden. Den Mitgliedern kann eine

Rückvergütung von 3 151 137 M.

gewährt werden. Der genannte Umsatz wurde in 152 Verkaufsstellen, unter denen sich vier Konsumgenossenschaftliche Warenhäuser befinden, erzielt. Am Schluß des Geschäftsjahres waren 2316 Personen im Betriebe beschäftigt.

Die Herstellung von Mineralwasser hat einen bedeutenden Umfang angenommen, namentlich hat das Gestrüß bei den Arbeitern in größeren Industriebetrieben gute Aufnahme gefunden. Während im Vorjahre nur 711 600 Flaschen abgesetzt wurden, stieg die Zahl in diesem Jahre auf 2 503 000 Flaschen. Im Geschäftsjahre wurde auch eine Konditorei in Betrieb genommen, die bisher schon einen guten Aufschwung zu buchen hat. Ferner wurden 12 neue Verkaufsstellen für Lebensmittel eröffnet. Demnächst soll in der Köpenickerstraße in Charlottenburg noch ein neues, das größte Warenhaus eröffnet werden.

Die Sparkasse der Genossenschaft hat ebenfalls einen großen Aufschwung zu verzeichnen. Der Bestand ist von 30 578 461 M. im Vorjahre auf 37 683 772 M.

Ein neu geplantes Unternehmen ist

die Errichtung von Schlächterläden in Groß-Berlin.

Man will sich jedoch damit nicht begnügen, sondern neben dem Verkauf von Fleisch auch die Versorgung mit Geflügel, Fisch, Gemüse, Obst, das sich um etwa den dritten Teil billiger stellen wird. Auch auf die Erweiterung des Geschäftsbereichs soll besonders hingewirkt werden.

Nachdem Genosse Mirus den Geschäftsbericht erstattet und mitgeteilt hatte, daß von dem Ueberfluß 1½ Proz. an die Mitglieder rückvergütet werden sollen, erklärte Genosse Lange im Namen des Aufsichtsrats, daß sowohl Geschäftsbericht als auch Buchführung vollständig in Ordnung befunden worden seien.

In der darauf folgenden Aussprache, die den größten Teil des Abends in Anspruch nahm, wurde der Geschäftsbetrieb von mehreren Rednern bemängelt. Einer von ihnen sprach von „Zuderschiebungen“ und ein anderer verlangte von der Leitung der Genossenschaft, sie solle sich auf revolutionären Boden stellen. Dem ersteren wurde an der Hand von Tatsachen nachgewiesen, daß beim Zuderschieben wie auch beim Verkauf ganz korrekt verfahren worden ist, und dem anderen wurde erklärt, daß es Sache jedes Genossen sei, sich einer ihm passenden Partei anzuschließen. Die Genossenschaft als solche müsse unter den gegebenen Verhältnissen auf neutralem Boden stehen. Hierauf wurde die übliche Entlastung gegen wenige Stimmen ausgesprochen und ebenso gegen einige Stimmen die Bilanz genehmigt.

Der Antrag des Vorstandes, aus den Mitteln, die nach Abzug der an die Mitglieder zu zahlenden 1½ Proz. Rückvergütung verbleiben, 20 000 M. dem Referendumsfonds und den Rest dem Spezialreferendums zu überweisen, wurde angenommen.

Zwei Entschlüsse lagen der Versammlung vor. Die erste protestiert gegen die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer von 1½ auf 2½ Proz., was eine

unerhöhte Belastung für die ärmere Bevölkerung

bedeuten würde, weil durch die hohe Steuer die allernotwendigsten Lebensmittel verteuert und die Geschäfte mit ganzer Schärfe erfaßt werden, die, wie die Genossenschaften, ihre Umsätze genau verbuchen. Die zweite Entschluß, die sich gegen den Kartoffelsteuer wendet, ist bereits in unserer Morgenausgabe veröffentlicht worden. Die erste Resolution wurde gegen einzelne Stimmen, die zweite einstimmig angenommen.

Hierauf wurde zur Wahl der 6 Aufsichtsratsmitglieder und 6 Ersatzmitglieder geschritten. Es wurden für die vom Genossenschaftsrat vorgeschlagene Liste 2317, für die gegnerische Liste 1300 Stimmen abgegeben. Gewählt sind hiernach in den Aufsichtsrat: Karl Friß, Robert Henkel, Leopold Jacobowski, Franz Biele, C. Michaelis und Georg Biele. Als Ersatzmänner Paul Grahl, Karl Günther, Emil Kamjuntke, Gustav Menzel, Hugo Wasther und Wilhelm Zimmermann.

Der „Kaiser von Marokko“.

Vor einigen Tagen berichteten wir über die Festnahme einiger Mitglieder der ehemaligen „Weddingkolonne“, die ein mährer Schrecken für die Restaurateure waren. Es handelte sich um sieben hünenhafte Männer, von denen man vier dingfest gemacht hatte. Die übrigen drei, ein Friedrich Stein, ein Walter Günther und ein Hermann Stahl, genannt „Kodenede“, wurden gestern ebenfalls ermittelt und hinter Schloß und Riegel gebracht. Stahl hatte sich, als er die Verhaftungen der vier ergriffenen Spießgesellen erfuhr, schleunigst in eine Irrenanstalt geflüchtet. Hier spielte er den Kaiser von Marokko und behauptete sich auch, seine Frau ermordet zu haben. Die Kriminalpolizei entlarvte den „Kaiser“ sehr bald und nahm ihn fest. „Kodenede“, ein hüner auf Geistes, hatte in gebührender Lebensweise die Sicherheitsfäden seiner Felle wie dünne Drähte krumm und schief gebogen. Alle von den sieben Männern Beschuldigten werden jetzt erlucht, sich bei dem Leiter der Streifenmannschaft im Zimmer 75 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden. Die Anführer der Bande, die Brüder Saltsmann, stammen im Gegensatz zu den anderen Verbrechern aus sehr achtbarer Familie.

Falsche Fernsprech-Kontrollen.

In letzter Zeit haben, wie die Oberpostdirektion Berlin mitteilt, wiederholt unberechtigte Personen Zutritt zu den Wohnungen von Fernsprecheinrichtern gesucht und gefunden, die vorgaben, vom Fernsprechempfang oder einer anderen Dienststelle der Reichs-Postverwaltung mit der Durchsprechung der Sprechstellen beauftragt zu sein. Solche Personen benutzen dann einen unbewachten Augenblick, um Eigentum des Wohnungsinhabers zu entwenden. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß alle Beamten und Arbeiter der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, die mit Sprechstellenarbeiten betraut werden, einen amtlichen persönlichen Ausweis bei sich führen, auf dessen Vorzeigung die Fernsprecheinnehmer in jedem Falle bestehen sollten, bevor sie den Zutritt zu ihrer Wohnung gestatten. Eine ähnliche Warnung zur Vorsicht ist bereits im „Ämtlichen Fernsprechnachrichtendienst für Berlin und Umgegend“ auf Seite 4 enthalten.

Vor der Wiederaufnahme des Kraftschleifenverkehrs. Gemäß dem in der Berliner Kraftschleifenversammlung am Montag gefaßten Beschluß, wird am morgigen Freitag eine neue Versammlung der Kraftschleifenbesitzer im Lehrervereinhaus zusammengetreten, in der dann über die Wiederaufnahme des Kraftschleifenverkehrs beschlossen werden soll. Bedingung für die Wiederaufnahme ist jedoch, daß das Postpräsidium bis zum morgigen Tage die Verordnungen betriffs Einführung der 10fachen Autozolls ausgearbeitet und veröffentlicht haben wird.

Der Nollendorfplatz, der jahrelang wegen der dort zur Ausführung gelangenden Untergrundbahnbauten von Bäumen eingeklemmt war, wird nunmehr, nachdem die hauptsächlichsten Rohbauarbeiten ausgeführt und die erforderlichen Ausschüttungen vorgenommen worden sind, seine ursprüngliche Gestalt wieder erhalten. Schon jetzt werden die Vorbereitungen für die Wiederherstellung der gründerzeitlichen Schmuckanlagen begonnen.

Am Alhambra-Theater am Wriezenerplatz findet am Freitag der zweite Winterabend statt. Weiter dem unangenehmen Oktober-Programm mit dem Ballett „Die Nacht der Abreise“ werden als Gäste Heinrich Beer und Martha Taedel in „Die Dame ohne Veilchen“ mit.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild, jedoch überwiegen demölich und etwas neblig bei mäßigen westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 27. Oktober:

1. Kreis, Köpenicker, 8—12. Die Frauenversammlung 1921 aus.
7. Kreis, Charlottenburg. Die für heute abend in der Reichs-Postverwaltung abgehaltene Mitgliederversammlung fällt wegen der Gründe wegen aus.

17. Kreis, Lichtberg: 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulstraße 10. Thema: „Der Seeliger Partitag“. — Referent: Emil Schumann.

Gewerkschaftsbewegung

Bauarbeitermangel und Umschulung.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat im Auftrage der Bauarbeiterverbände dem Reichsarbeitsministerium eine Denkschrift über die Maßnahmen zur Behebung des Bauarbeitermangels überreicht. Sie stellt dabei in den Vordergrund die Forderung, daß künftig eine planmäßigere Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr erfolgen muß, um die im Baugetriebe typische periodische Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Eine gründliche Behebung des Mangels läßt sich nur durch vermehrte Lehrlingshaltung und Hebung des Lehrganges erreichen. Für die lächerlich geringe geldliche Entschädigung, wie sie heute üblich ist, wird eher kein Vater den Jungen in die Lehre geben können. Die Zurückführung der zu anderen Berufen abgewanderten Arbeiter wird erst möglich sein, wenn den Betroffenen annähernde Gemütsruhe geboten werden kann, daß die Beschäftigung, eine dauernde ist und daß sie mindestens gleich gute Bedingungen wie im bisherigen Beruf finden. Die Denkschrift lehnt irgendwelche Zwangsmittel bei der Zurückführung als ungeeignet ab. Für die Umschulung von Hilfsarbeitern stellt sie eine Reihe von Vorschlägen auf. Es sollen bezirklich und örtlich paritätische Umschulungsausschüsse gebildet werden. Umschulungen sind Hilfsarbeiter oder Baugewerbetler minder gut beschäftigter Branchen im Alter von 18 bis 25 Jahren. Der endgültigen Einstellung als Lehrling soll eine Prüfungszeit vorausgehen. Die Lehrzeit soll ein Jahr betragen, sofern nicht für besondere Gewerbe (Zimmerer) infolge besonderer fachlicher Schwierigkeiten eine längere Lehrzeit notwendig ist. Den Lernenden ist der Tariflohn für Hilfsarbeiter zu garantieren. Die Lehre selbst untersteht der Kontrolle des Ausschusses, um Mißbrauch zu verhindern. Um die Einstellung von Umschulenden zu erreichen, soll die Vergabe öffentlicher Bauten von diesbezüglichen Vorschriften abhängig gemacht werden.

Auf den in der Denkschrift gezeichneten Wegen läßt sich die Lösung des so brennenden Problems finden. Die Gewerkschaften sind sich der Notwendigkeit für die Durchführung der Bauten genügende Arbeitskraft zu sichern, durchaus bewußt. Ihre Mißbilligung ist gefestigt, aber nur dann, wenn auch die Unternehmer gemütsvoll sind, alle diesbezüglichen Fragen gemeinsam mit den Gewerkschaften zu lösen. Ein sich an einigen Orten zeigender Widerstand der Bauarbeiter gegen die Maßnahmen, insbesondere gegen die Umschulung, ist unklug. Wenn auch zu begreifen ist, daß diese Arbeiter nach den langen, trüben Zeiten den Vorteil der besseren Konjunktur festhalten möchten, so sollen sie nicht verzeihen, daß, wenn sonst nur die Bedingungen für vermehrten Bau gegeben sind, der ungesättigte Hunger nach Wohnungen alle Hindernisse niederrennen wird, zum Schaden der Arbeiter selbst.

Zum Kampf im Gastwirtsgewerbe.

Die schon durch ihre Zustimmung zu dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses, haben die Angestellten auch gestern wieder bei den Verhandlungen durch ihre Zustimmung zu dem Einigungsvorschlag des Vorsitzenden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen und die Entscheidung einem unparteiischen Schiedsgericht zu überlassen, den Beweis erbracht, daß es ihnen darum zu tun ist, zu einer annehmbaren Verständigung zu kommen. Die Angestellten waren jederzeit zu Verhandlungen bereit. Die Arbeitgeber dagegen verzichteten sich immer wieder hinter den „Ausfuchterungen“, um Verhandlungen aus dem Wege zu gehen. Nachdem sie sich nun endlich dazu bereit fanden, zeigte es sich, daß ihre Vertreter gemütsvoll mit gebundenem Mandat erschienen waren. Sie lehnten sogar eine Erklärung ab, ihrer heutigen Verammlung die Annahme des Einigungsvorschlags zu empfehlen!

Hoffentlich stimmt die Verammlung der Arbeitgeber dem Vorschlag dennoch zu. Entzieht sie sich der Möglichkeit einer sofortigen Beilegung des Streiks und der Aussperrung und damit natürlich auch aller Begleiterscheinungen dieses Lohnkampfes, dann tragen die Führer im Unternehmerlager die volle Verantwortung für die Folgen.

Der Syndikus des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeberverbände im Gastwirtsgewerbe Groß-Berlins, Herr Rechtsanwalt Lampe, sendet uns zu unserem Bericht über die Arbeitgeberversammlung am 21. Oktober in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ folgende Mitteilungen:

1. Es ist unrichtig, daß ich in einer Versammlung behauptet habe, die Streikenden hätten am 1. November kein Geld zur Rente und kämen dann betteln. 2. Es ist unrichtig, daß ich behauptet habe, daß die Betriebsräte auf keinen Fall wieder eingestellt würden. 3. Es ist unrichtig, daß ich den im übrigen frei erfundenen angeblichen Ausführungen des Herrn Hegewald, der Demobilisierungskommissar sei nur der Handlanger der Arbeitnehmer, zugestimmt habe.

Er sei vielmehr der Heberzeugung, daß die Gewerkschaften, wenn sie wollen, die Streikunterstützung auch noch lange zahlen können; er habe lediglich die gesetzlichen Bestimmungen über Entlassung von streikenden Angestellten, darunter auch für Betriebsräte, in absolut objektiver Weise erläutert und nach der Rede des Herrn Hegewald überhaupt nicht mehr gesprochen.

Streik in den Konditoreien bevorstehend.

Die Konditoreibesitzer, welche erst für die Zwangsorganisation (Zwangseinnahme) geschaffen haben, wollen jetzt daran gehen, die ihnen von jeher verhasste Organisation der Arbeitnehmer zu zortürmen. Sie wollen keinen Lohn tarif. Trotz der

hohen Preise, welche in den Konditoreien genommen werden, wollen die Herren Löhne zahlen, wie es ihnen gefällt.

Sie kündigten den paritätischen Arbeitsnachweis; die Arbeitnehmer sollen wieder von Betrieb zu Betrieb laufen und sich zu jeder Bedingung anbieten. Sie kündigten den Tarif, nachdem sie mit dem Gewerkschaftsverein der Bäcker und Konditoren (H.-D.) einen Tarif abgeschlossen, der jede weitere Lohnerhöhung ausschließt. Hier spielt der Gewerkschaftsverein die Rolle der Geißel.

Alle Versuche der Organisation, eine Verbandsbildung, herbeizuführen, sind an dem Störstein der Arbeitgeber gescheitert. Wir sind gezwungen, in den Abwehrkampf einzutreten. Führer der Arbeitgeber verlangen von ihrem Personal, daß sie nicht dem Verband angehören dürfen. Die Organisation soll mit allen Mitteln vernichtet werden.

Diesen schamhaften Plänen muß ein Paroli geboten werden. In einer am Dienstag, den 1. November 1921, abends 7 Uhr, in den „Sophienkassen“, Sophienstr. 17/18, stattfindenden Versammlung wird das Konditoreipersonal zu dieser Frage Stellung nehmen und weitgehende Beschlüsse fassen.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Tarifverhandlungen der städtischen Angestellten.

Nachdem die neuen Vorschläge der Angestellten der Berliner städtischen Werke, die dem Magistrat als Grundlage für die Tarifverhandlungen überreicht worden waren, vom Magistrat abgelehnt wurden, wird heute nachmittags im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht zur Schlichtung des Streikfalls zusammengetreten. Den Vorsitz führen drei Unparteiische, darunter der frühere Finanzminister Siedemann. Unter den vom Magistrat entsandten Beisitzern befindet sich der Stadtkämmerer Dr. Karding. Sollte es zu keiner Verständigung kommen, wird das Schiedsgericht einen Spruch fällen.

Arbeitbeschaffung für Ausländer.

Die Arbeitslosigkeit der Arbeiter in Berlin und seiner nächsten Umgebung ist so groß, daß wiederholt von den zuständigen Stellen Mittel bereitgestellt werden mußten, um die allerschlimmste Not zu lindern. Mit Geld ist hier aber wenig getan, die beste Lösung kann nur die Beschaffung von Arbeitsstellen sein; deshalb sind ja auch Millionen für Rohstoffbauten bewilligt worden. Durch Vermittlung des Landesarbeitsamtes konnte ein Teil der Arbeitslosen im vergangenen Sommer in der Torfindustrie, welcher in Zukunft durch die Abgabe des größten Teiles unserer Kohle an Polen noch größere Bedeutung wie früher zukommt, untergebracht werden. Hier scheint man in Zukunft wieder mehr Ausländer verwenden zu wollen, denn der Verband des Kreises Leitow erließ in der Provinzpresse eine Aufforderung an die Arbeitgeber der Landwirtschaft und der Torfindustrie, die im Jahre 1922 ausländische Arbeiter beschäftigen wollen, bis 15. Oktober einen entsprechenden Antrag an ihn zu richten und die Genehmigungsscheine für 1921 beizufügen. Diese „Bekanntmachung“ muß geradezu anreizen, ausländische Arbeiter anzufordern und läßt den Bemühungen des Landesarbeitsamtes, hiesige Arbeitslose in solchen Betrieben unterzubringen, unseres Wissens direkt entgegen.

Wohin sollen wir aber kommen, wenn Maßnahmen einer Behörde immer wieder von einer anderen durchkreuzt werden? Der Verband des Kreises Niederbarnim soll eine ähnliche Aufforderung erlassen haben.

Auf jeden Fall müssen wir verlangen, daß zunächst Beschäftigung für die hiesigen Arbeitslosen geschaffen wird und daß Ausländer nur in äußerst beschränktem Maße zugelassen werden, wo eine Befolgung durch Deutsche nicht möglich ist.

Was sagt übrigens das Brandenburgische Landesarbeitsamt hierzu?

Lohnzulagen der Wagen- und Karosseriearbeiter.

Eine äußerst zahlreich besuchte Vollversammlung aller in Wagen- und Karosseriefabriken beschäftigten Arbeiter nahm am Mittwoch den Bericht ihrer Verhandlungskommission entgegen, den Henschel erstattete. Gemäß dem Beschluß der letzten Vollversammlung wurde mit den Fabrikanten auf der Grundlage der alten Forderungen verhandelt. Es wurden demnach Stundenzulagen von 1,50 M. für Facharbeiter, von 2 M. für Hilfsarbeiter, von 1,30 M. für Arbeiterinnen und von 1 M. für Jugendliche gefordert. Im Laufe der Verhandlungen wurden im Hinblick auf Gegenwärtige die Forderungen modifiziert. Nach manchem Hin und Her gestanden die Unternehmer für alle Kategorien (Facharbeiter, Hilfsarbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche) eine Stundenzulage von 1,50 M. für die Zeit vom 15. Oktober bis zum 30. November zu und eine weitere Zulage von 1 M. für die Zeit vom 1. Dezember bis zum 15. Januar. Nach der Diskussion nahm die Versammlung gegen wenige Stimmen das Angebot an.

Gewerkschaftsunterkommission des 14. Verwaltungsbezirktes. Freitag 7 Uhr bei Kuffhus, Reutkölln, Erdstr. 8, Ecke Donaustraße, Versammlung sämtlicher der Ortskrankenkasse Reutkölln und Brück angeschlossenen Betriebe. Aufstellung der Delegierten zur Ausschussswahl. Jeder Betrieb muß den Obmann bzw. ein Betriebsmitglied zu dieser Versammlung delegieren.

Der nächste Gewerkschaftskongreß in Rom. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam, dessen Mitglied er gegenwärtig in Genf befindet, hat beschloffen, den nächsten internationalen Gewerkschaftskongreß zum 20. April 1922 nach Rom einzuberufen.

Aus aller Welt.

Schneefall in Teutoburger Wald. In den höher gelegenen Orien des Teutoburger Waldes und in Bad Meinberg trat gestern morgen der erste Schneefall ein. Die Temperatur ist stellenweise bis auf 2 Grad gesunken.

Erdbeben in Italien. „Secolo“ meldet, daß in der Nähe von Maila-Carrara ein Erdbeben stattgefunden hat, das drei Sekunden dauerte. Die Bevölkerung ist aus der Stadt geflüchtet. Der Schaden ist sehr groß.

Wirtschaft

Die Kohlenproduktion vom Januar bis September.

Nach der vorliegenden Uebersicht des Statistischen Reichsamtes läßt die deutsche Kohlenproduktion in den ersten Dreivierteljahre eine geringe Erhöhung der Kohlenförderung erkennen. Die Steinkohlenproduktion, die im September von 11,54 auf 11,60 Tonnen gestiegen war, erhöhte sich für die ersten neun Monate um annähernd fünf Millionen Tonnen, nämlich von 95,7 auf 100,6 Millionen Tonnen. Die Steigerung wäre wahrscheinlich noch größer gewesen, wenn nicht die Kohlenförderung Oberschlesiens durch die Unruhen nach der Abstimmungszeit durch den Polenaufstand sehr beeinträchtigt gewesen wäre. Die Braunkohlenproduktion liegt in den ersten Dreivierteljahre von 81,19 auf 80,82 Millionen Tonnen, die Produktion von Koks um rund 2% auf 20,76 Millionen Tonnen, die von Braunkohlenbriketts um rund 3,3 auf 21,2 Millionen Tonnen.

Zeigt die deutsche Kohlenförderung eine allmähliche Zunahme, wenn auch die Ergebnisse des Jahres 1921 noch längst nicht erreicht sind, so wird die Produktionsgrundlage des Kohlenbergbaues durch den Verlust eines Teiles von Oberschlesien mit einer Förderung von 31,7 Millionen Tonnen jährlich ganz beträchtlich eingeeignet.

Verkaufsvorbot an Ausländer im Rheinland. Im Hinblick auf den Ausverkauf im Westen hat der Oberpräsident der Rheinprovinz eine Polizeiverordnung erlassen, wonach der Kleinhandelsverkauf an Ausländer und die Vermittlung zum Verkauf an Ausländer zunächst bis einschließlich 8. November verboten sind. Für das Verbot sind verschiedene Ausnahmen festgesetzt.

Im „Elektrizitäten“, einem Elektrizitätskonzern, auf den der sächsische Staat maßgebenden Einfluß hat, erfolgt ein engerer Zusammenschluß von mehreren Gesellschaften. Die Zwickauer Elektrizitäts- und Straßenbahn-A.G., die Vogtländische Elektrizitätswerke A.-G. und die Erzgebirgisch-Vogtländische Bahn- und Elektrizitäts-A.G. werden unter Führung der erstgenannten Werke zu den „Kraftwerken Westsachsen“ zu einem einheitlichen Unternehmen zusammengefaßt.

Berlin, für den redakt. Teil: Herbert Seper, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Stätt. (244. Preuß.) - Klassen-Lotterie

5. Klasse. 11. Ziehungs-Tag. 26. October 1921.

Nur jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Die Gewinne.	Kaufbrut betragen.
In der Mittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:	
2 zu 100000 M 181070	
2 zu 60000 M 99137	
3 zu 10000 M 225459	
32 zu 8000 M 242 60719 117500 181803 179744 187750 196941 253308	
261011 267147 271988 273052 274482 294567 294996 296285	
104 zu 3000 M 6498 10695 20280 20805 24685 25626 25666 26345 26411	
22952 29748 29893 29958 30149 30228 30301 30344 30386 30428	
139414 139746 139887 140220 140779 141456 146447 147003 147699 149708	
189939 191409 191735 192975 208760 211810 211874 213199 222018 236007	
230748 230992 231881 240890 243392 243583 244210 247580 254232 258248	
281178 284498 289902	
370 zu 1000 M 3708 4084 5087 5338 6014 6084 6533 6902 7228	
11962 12003 18038 13919 14030 16343 16778 19018 20993 23407 26433	
33330 33874 34139 35187 35741 37335 37966 39210 39948 42837 43853	
50396 52118 53675 54957 56453 57282 62820 66779 67446 69090 69340	
69374 69529 69688 72113 73356 75693 75671 75929 76862 76906 78703	
80104 81108 81085 80924 87044 88527 89585 90041 91714 93178 96416	
97960 98473 98587 100081 101977 103070 106994 109080 109327 107031	
109643 113387 114352 115251 115349 118453 119718 119783 119843 120069	
124932 126882 130993 139719 139696 139948 143193 142871 145992 146409	
148705 149871 151858 154589 156188 156261 160848 160857 161837 162817	
168878 169992 169187 180692 180787 187774 188168 190188 191781 197228	
198062 198781 181159 181178 182612 187885 187728 190379 192190 192817	
195089 194439 198115 201356 201170 202831 202819 205237 208197 210192	
213697 213997 214770 215878 216699 217462 217940 217308 219182	
219307 219740 220229 221399 221771 224281 229609 231759 237129	
237841 248594 244478 248207 247000 251654 253882 256708 255985	
258092 258299 254140 258346 259094 257260 260289 273287 274706	
277247 280826 282983 283283 289433 291159 291768 293140 293186	
293313 294440 294591 294786 297840 299082	

Die Gewinne.	Kaufbrut betragen.
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:	
2 zu 60000 M 104181	
2 zu 40000 M 78771	
2 zu 18000 M 60741	
4 zu 10000 M 292266 207194	
20 zu 8000 M 35443 67922 118266 130185 130118 153305 178715 196617	
207211 268676	
120 zu 3000 M 17016 19076 22962 28505 30160 41088 43003 48038 47029	
54122 62099 65382 68349 72920 72633 80442 91202 102430 107687	
12518 126203 121512 122069 129204 130228 136770 146868 149284 152052	
157642 163737 169852 174427 178978 180918 183918 184 48 190044 190086	
195453 198950 211879 213453 218120 222105 222839 229698 228738 230659	
234212 244822 247193 252984 263506 268045 269690 270122 274189 276933	
281006 287426 294482 298816 297982	
364 zu 1000 M 143 791 1224 1276 1553 3519 10347 11669 16799	
17031 17627 18190 19091 21048 21826 23838 24217 27279 28044 28997	
30984 31297 32003 33 13 33962 36287 38028 39639 45990 48776 49014	
50852 60770 61824 62758 64928 65001 72997 82022 82034 81188 81356	
81818 89588 91241 94227 76958 80540 80683 82378 82784 83718 85892	
88049 89268 92131 93697 90647 96371 100719 102653 105078 108083	
109791 110385 112689 113780 120366 121693 121748 128141 128339 12768	
129382 129756 131301 132887 138802 136187 138187 138316 138316 140120 141831	
145001 148144 148396 149208 150220 162708 163114 183529 163288 171237	
173208 179009 180861 182181 181875 189273 189477 190003 190004 192133	
192574 194339 194991 198582 198580 191131 200022 200022 203687 204640	
204809 208645 210063 210419 211142 212480 214650 214811 218712 216772	
218921 219143 221886 223851 226373 228581 234719 235909 237139 237678	
237805 244132 245440 247426 249794 250604 252433 256554 266929 265007	
258044 260382 260495 260909 262187 262496 263645 264610 274870 275063	
277821 278490 278506 278994 279087 281076 281926 282063 282806 286703	
287748 288185 288400 289485 289740 290903 291093 291139 292778 293249	
293232 297089 298097 299106	

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den kantonalen Lotterien-Einnahmern zur neugierigen Einsicht anliegen.

Metall-Bettstellen
Kinderwagen
Bettfedern
Korbmöbel
Fürstl. Neukölln
Hermannstraße 39
Ecke Manlower Str.
Fabrik I. Ruhebett, Auflegematr. u. Feldbettstell.
Fabrikpreise. Lieferung frei Haus

Lassen Sie sich nicht durch großsprecherische Reklame irreführen. Verkauft Sie Ihr

Gold-Silber-Platin
Brillanten, Zahngebisse, Münzensammlungen usw.
zum Auslandskurs bei
C. Mauhardt & Co.
Nur Schwedter Str. 12
Bestier Absatz für Händler!

Einer sagt's dem andern

Gold-, Silberbruch und Gegenstände
Zahngebisse
einz. Zähne b. 160 M.
Brillanten
Münzensamm. Uhren, Ringe, Ketten, Ferngläser usw.
verkauft man am vorteilhaftesten nur bei d. bek. renom. Firma
Richard Herrmann,
Wilhelmstraße 39,
Ecke Kochstr., nahe Anhalt u. Potsd. Bn.
Edelmetallschmelze

Jeder Bezieher des Kommentars zum Betriebsratsgesetz von Dr. Georg Flätow braucht auch den soeben erschienenen

Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber

Betriebsabbrüchen und Stilllegungen
nebst der Ausführungsanweisung

Unentbehrlich für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Behörden Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.
Preis 2.80 Mark.

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

klavier faulst. sof. o. d. b. l. Augenhilf. Pallasstr. 3, Kurf. 5139

GOLD-Silber-Platin
faulst. Silber-Zentrale
Gotzkowskyst. 13

BERLITZ SCHOOLS
Leipziger Str. 123 a
Ecke Wilhelmstr.
Taubenzienstr. 19 a

FRENDE SPRACHEN
Einselunterricht.
Zirkel monatl. 60 Mark

Gurkofix
feinster Gurkensalat
Ueberall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Most- und Konservfabrik
Berlin, Büchingerstr. 6

Doppelclysos
21.30 St.
Bettbecken 100 c 2 u 90 c
Nudelmesser, Riefenl. für
1.50 St. 1.50 St. 1.50 St.
Jahnpolier, Tube 1 u. 1.50 St.

Gauterme 75 St. 1.50 St.
7 St. Canolil 25 u. 30 St.
6 St. Gürtel dazu 3-5 St.
Krepp 2.50 St.
1.50 St. Fieberthermometer 7. 8. 9 St.
Wasserbühne
Unterlagen f. Kinder 3. f. Erwachsene 13 St.
Wasser f. Toilette, Hygiene, Hausmittel sehr billig.
Berlin, Marktgraben 84, a. b.
A. Naas & Co. Lindenstr. 8-6 litz. Cogr. 1885

Arbeiter-Notizkalender 1922
in feinstem, mit künstl. Vignette verziertem Einband

Das unentbehrliche Taschenbuch des organisierten Arbeiters. Angefüllt mit Beamten. Textlich neu ausgeführt u. erweitert.
Preis Mk. 4.50 gebunden.

Buchhandlung
VORWÄRTS
BERLIN SW 68,
LINDENSTRASSE 2